

Kreisbote am 8.02.2006

Gegen gespaltene Nation

WASG-Mitglied: »Parteien entdecken wieder die soziale Gerechtigkeit«

Kernpten - Die Wahl in vergangenen Herbst zeigte deutlich die Unentschlossenheit vieler Deutscher. Fehlende konzeptionelle Inhalte der Parteien wurde von vielen Bürgern bemängelt. Hohe Arbeitslosenzahlen schüren „ein Klima der Angst“. Arbeitslose über 50 Jahre oder Jugendliche ohne Abschluss einer höheren Bildungseinrichtung haben kaum Chancen, im Berufsalltag Fuß zu fassen. Nach Ansicht der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) läuft Deutschland in Gefahr, eine gespaltene Nation zu werden nach dem Motto: „Ihr da oben, wir da unten“. Die noch junge Partei, die sich vor knapp zwei Jahren formiert hat, möchte dies verhindern und fordert den Schwerpunkt der Regierung mehr auf soziale Themen und soziale Gerechtigkeit zu legen.

Vergangene Woche traf sich Klaus Ernst (MdB), Gründungs- und Vorstandsmitglied der Partei, und der Landesvorsitzende Fritz Schmalzbauer mit dem regionalen WASG-Vorstand und mit hiesigen Gewerkschaftern zum Austausch. Ernst, der für die Fraktion „Die Linke“ im Bundestag sitzt, nahm dabei kein „Blatt vor den Mund“. „Der Neoliberalismus aller Parteien bringt keine Vor- sondern nur Nachteile“, so Ernst. Schikanen am Arbeitsplatz seien vorprogrammiert. Daher plädierte er für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer. „Zudem fordern wir einen Mindestlohn von acht Euro, denn mit einem geringeren Ein-

kommen ist eine menschenwürdige Existenz nicht mehr möglich“, sagte Ernst.

Eine weitere Gefahr sieht das Vorstandsmitglied der WASG in der geplanten Privatisierung verschiedener staatlicher Institutionen. Dadurch werde die Wirtschaft nicht stabilisiert, sondern vor allem die soziale Gerechtigkeit werde in Frage gestellt. „Hier haben wir ein klares Gegenkonzept. Die Gewerkschaften müssen gestärkt werden, die Regierung muss mehr investieren - gerade beim Straßenbau oder dem Erhalt öffentlicher Gebäude. Das Bildungs- und Gesundheitswesen muss einen anderen Stellenwert bekommen“, fordert Ernst.

Deutschland sei derzeit das einzi-

ge Land mit sinkenden Bruttolöhne, während die Einnahmen der Selbstständigen kräftig zunehmen. Dabei sieht auch Schmalzbauer die Probleme der Mittelstandsbetriebe und betonte: „Wir sind keine Anti-Unternehmerpartei. Mangelnde Aufträge der öffentlichen Hand gefährden viele Betriebe, hier ist der Staat gefordert.“ Beide Politiker betonten, dass eine Linksradikalisierung der WASG auf keinen Fall gewünscht wird, „wir richten unseren Blick auf das fortschrittliche demokratische Potenzial in Deutschland“, so Ernst und Schmalzbauer und sind sich darüber einig, noch eines erreicht zu haben: „Alle Parteien entdecken derzeit wieder die soziale Gerechtigkeit.“

sn



Sind von dem Programm ihrer WASG-Partei überzeugt: Der Landesvorsitzende der WASG Bayern, Fritz Schmalzbauer (r.) und der Bundestagsabgeordnete Klaus Ernst.

sn/Foto: Neuner